48/JPR XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Murauer und Kollegen an den Präsidenten des Nationalrates betreffend Einführung eines prämienorientierten Vorschlagswesens im öffentlichen Dienst

Die öffentliche Verwaltung kann in vieler Hinsicht effizienter, für den Bürger klarer und für die Beamten im Vollzug einfacher gestaltet werden. Es kommt immer wieder vor, daß Beamte, die aufgrund ihrer Erfahrungen in der Praxis Vorschläge dazu erbringen, am festgefahrenen System oder am Dienstweg scheitern. Dies geschieht zum Teil sogar in Behörden oder Ämtern, in denen bereits eine modifizierte Form des innerbetrieblichen Vorschlagswesens eingeführt wurde, ähnlich dem in der Privatwirtschaft seit Jahren mit Erfolg praktizierten System. Die Vorschläge der Beamten reichen von einer übersichtlicheren Gestaltung von Formularen bis hin zur Neuordnung von Zuständigkeitsbereichen. In der Privatwirtschaft werden die eingebrachten Vorschläge zur Verbesserung von betrieblichen Abläufen von einem Gremium, das von allen Ebenen des Betriebs beschickt wird und bei Bedarf zusammentritt, beurteilt. Bei positiver Beurteilung wird der Vorschlag innerhalb einer möglichst kurzen Frist umgesetzt, und der Urheber wird über eine gewisse Zeit hin entweder prozentuell am tatsächlich Ersparten beteiligt, oder er erhält eine einmalige Prämie in namhafter Höhe.

Die flächendeckende Einführung eines derartigen Vorschlagswesens in der öffentlichen Verwaltung wäre für alle Beteiligten von Nutzen. die Beamten können auf eigene Initiative widersinnige bzw. unnötige Doppelgleisigkeiten in der Bürokratie abbauen, der Staat kann diesbezüglich eine sparsamere Gebarung verbuchen, und die Bürger profitieren von einer einfacheren, rascheren und effizienteren Verwaltung.

In diesem Zusammenhang richten nachstehend unterzeichnete Abgeordnete an den Präsidenten des Nationalrates folgende

Anfrage:

1. Was halten Sie grundsätzlich davon, Eigeninitiative und betriebliche Mitverantwortung der Mitarbeiter durch prämienorientierte Vorschlagssysteme dieser Art zu fördern?

- 2. Kommt im Verantwortungsbereich der Parlamentsdirektion ein derartiges Vorschlagswesen flächendeckend zur Anwendung?
- 3. Wenn nicht, was ist die Begründung dafür, und gibt es Überlegungen, dies in absehbarer Zeit nachzuholen?
- 4. Wenn ja, wie sieht die konkrete Ausgestaltung des Vorschlagswesens aus?
- 5. Werden dafür jährlich fixe finanzielle Betrage bereitgestellt, weil die Prämien bereits für gute Ideen ausgeschüttet werden, oder wird erst bei Umsetzung des Vorschlags eine finanzielle Beteiligung am tatsächlich Ersparten gewährt?
- 6. Welcher Betrag wurde in Summe an Prämien ausbezahlt?
- 7. Über wie viele Mitarbeiter verfügen Sie in Ihrem Verantwortungsbereich und wieviele davon haben bis jetzt Vorschläge eingebracht?
- 8. Halten Sie dieses Verhältnis für befriedigend, oder denken sie daran, es zu steigern?
- 9. Wie gedenken Sie insgesamt die Effizienz des bestehenden Systems zu steigern?
- 10. Wären Sie bereit, sich in dieser Frage von Managern beraten zu lassen, die solche Systeme bereits mit Erfolg in ihren Unternehmen eingeführt haben?